

Antrag 113/I/2025**FA VII - Wirtschaft, Arbeit, Technologie****Der Landesparteitag möge beschließen:****Sozial, klimafreundlich, wirtschaftlich - Ein integriertes Stadtwerk für Berlin**

1 Präambel:

2 Für die Bürger*innen und Unternehmen da sein ist ein

3 zentrales Anliegen sozialdemokratischer Stadtpolitik. Da-

4 zu gehören elementare Leistungen der Daseinsvorsorge,

5 wie zum Beispiel die Trinkwasserversorgung oder die En-

6 ergieversorgung.

7

8 Dass in diesem Feld seit mehreren Jahren bereits Bewe-

9 gung ist, zeigen unter anderem der erfolgreiche Volksent-

10 scheid 2011 zur Rekommunalisierung der Wasserbetriebe,

11 der 2013 knapp gescheiterte "Volksentscheid über die Re-

12 kommunalisierung der Berliner Energieversorgung", die

13 2014 gegründeten Berliner Stadtwerke als kommunaler

14 Elektrizitätsversorger, die Arbeit der Enquete-Kommission

15 "Neue Energie für Berlin – Zukunft der energiewirtschaft-

16 lichen Strukturen" des Abgeordnetenhauses in den Jah-

17 ren 2014 und 2015, sowie die Rekommunalisierung des

18 Stromnetzes im Jahr 2021 und des Fernwärmennetzes im

19 Jahr 2024. Daher begrüßen wir ausdrücklich, den Weg der

20 Rekommunalisierung weiter zu verfolgen, um faire und

21 stabile Preise für Grundgüter, Versorgungssicherheit, Be-

22 darforientierung und damit eine sozial gerechte Wende

23 zur Klimaneutralität zu gewährleisten.

24

25 Allerdings bedarf es nicht nur weiterer Rekommunalisie-

26 rungen, sondern vor allem auch einer Neustrukturierung

27 der bereits in öffentlicher Hand befindlichen Bereiche der

28 städtischen Versorgung. Wie der Beteiligungsbericht 2023

29 der Senatsverwaltung für Finanzen zeigt, sind die Landes-

30 beteiligungen im Bereich der Energie- und Wasserversor-

31 gung teilweise in Parallelstrukturen auf Unternehmen un-

32 terschiedlicher Rechtsformen mit entsprechenden Effizi-

33 enzverlusten verteilt: So sind etwa die Berliner Wasserbe-

34 triebe eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die BEW Ber-

35 liner Energie und Wärme ist eine Aktiengesellschaft und

36 die Berliner Stadtwerke als Tochtergesellschaft der Berli-

37 ner Wasserbetriebe sind eine GmbH.

38

39 Die Zusammenführung von Bereichen der städtischen

40 Versorgung innerhalb einer gemeinsamen Struktur ist

41 nicht nur, aber insbesondere in Bezug auf die Transfor-

42 mation der Energie- und Wärmeversorgung von enor-

43 mer Wichtigkeit, denn die Herausforderungen in diesem

44 Bereich, insbesondere die Erreichung der Klimaneutrali-

45 tät, machen eine enge Zusammenarbeit aller Akteur*in-

46 nen notwendig und "Reibungsverluste" durch hinderliche

47 Strukturen sind ein vermeidbares Hindernis.

48

Empfehlung der Antragskommission
erledigt durch 24/II/2025 (Konsens)

LPT I-2025: Vertagung auf LPT II-2025

49 Der Landesparteitag möge daher beschließen:
50 Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Ab-
51 geordnetenhaus von Berlin und die sozialdemokratischen
52 Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert, die
53 Gesamtstrategie der Daseinsvorsorge hinsichtlich der
54 Schaffung eines integrierten Stadtwerkes zu prüfen und
55 sich damit für die Stärkung der kommunalen Daseinsvor-
56 sorge in Berlin einzusetzen. Dies umfasst konkret:

- 57
- 58 1. die Entwicklung langfristiger Unternehmensziele
59 für ein Berliner Stadtwerk als Holding über verschie-
60 dene Tochterunternehmen, die gemäß dem gesetz-
61 lichen Erfordernis des "Unbundling" rechtlich ge-
62 trennt nach den Bereichen Netz, Erzeugung und Ver-
63 trieb agieren. Die Tochterunternehmen unterliegen
64 einer fachlichen Aufsicht im Aufsichtsrat.
 - 65 2. den Ausbau der Fernwärme und der Auf- und Aus-
66bau von Nahwärmennetzen inkl. kalter Nahwärmem-
67 netze sowie von Wärmespeichern in Berlin, um das
68 Solidarprinzip in der Wärmewende durchzusetzen.
 - 69 3. den gemeinsamen Umbau der Wärmeerzeugung
70 mit innovativen Mittelständlern, Energiegenossen-
71 schaften und anderen kommunalen Unternehmen.
72 Die Netzinfrastruktur soll hingegen allein in
73 der Hand von Wärme Berlin und ggf. anderen
74 kommunalen Partnern liegen, der Schwerpunkt
75 ist auf Großwärmepumpen und die Nutzung
76 unvermeidbarer Abwärme zu legen, Kraft-Wärme-
77 Kopplungsanlagen sind stromgeführt zu fahren.
78 Dies geschieht auf der Basis der kommunalen
79 Wärmeplanung, die als Energieleitplanung auch die
80 Strom- und Gasnetzinfrastruktur mit in den Blick
81 nehmen sollte. Auflage eines speziellen Wärme-
82 fonds durch die Stadt, der als Mantel für die gezielte
83 Infrastrukturinvestition dienen soll. Darin wird ein
84 kommunaler Grundstock von landeseigenen Bank-
85 instituten gehebelt. Dieser Fonds erlaubt sowohl
86 Eigenkapital wie Fremdkapital Investitionen in die
87 Wärme Berlin.
 - 88 4. die konzeptionelle Entwicklung einer Unterneh-
89 mensstruktur für ein Berliner Stadtwerk in Form ei-
90 ner Holding, die mindestens die Bereiche Energie-
91 netze (Strom, Fernwärme) und Energieerzeugung
92 umfasst und durch einen Aufsichtsrat überwiegend
93 politisch, nicht unternehmerisch gesteuert wird.
94 Dabei sollen die Bestandsunternehmen einheitlich
95 nach Geschäftsfeldern strukturiert als Töchter unter
96 die Holding ziehen, die diese dann geschäftsfeldbe-
97 zogen steuert.
 - 98 5. die Prüfung, welche weiteren bereits in öffentlicher
99 Hand befindlichen Bereiche der Daseinsvorsorge in
100 dieser Struktur überführt werden können.

102 Begründung

103 Im Wahlprogramm für die Wahlen zum Abgeordneten-
104 haus 2021 steht eindeutig das Ziel eines integrierten
105 Stadtwerkes. Dies wurde jedoch im Rahmen der Koaliti-
106 onsverhandlungen 2021 mit Grünen und Linken stark ab-
107 geschwächt und findet sich auch im aktuellen Koalitions-
108 vertrag mit der CDU nur in abgeschwächter Form wieder.
109 Dabei liegen die Vorteile starker öffentlicher Daseinsvor-
110 sorge bei einem integrierten Stadtwerk auf der Hand:

- 111 1. Öffentliche Daseinsvorsorge durch ein kommunales
112 Unternehmen garantiert ein gerechtes, gesichertes,
113 hochwertiges Angebot für die Berliner Bürger*innen
114 und Unternehmen.
- 115 2. Gewinne kommunaler Berliner Unternehmen der
116 Daseinsvorsorge fließen nicht an private Investoren,
117 sondern bleiben in unserer Stadt.
- 118 3. Ein integriertes Stadtwerk ermöglicht eine bereichs-
119 übergreifende Steuerung von Betriebsabläufen und
120 gemeinsamen Dienstleistungen (Shared Services)
121 sowie die Ausschöpfung von Synergieeffekten bei
122 Planung, Bau und Wartung.
- 123 4. Politische und bürger*innenorientierte Ziele können
124 aktiv unterstützt werden, zum Beispiel bei der An-
125 passung an den Klimawandel oder der ganzheitli-
126 chen Planung neuer Stadtteile.
- 127 5. Verstärkte Identifikation der Bürger*innen mit ihrer
128 Stadt durch die Schaffung eines großen kommunal-
129 len Versorgers

130 Dass ein integriertes Stadtwerk nicht nur gut funktionie-
131 ren kann, sondern einen deutlichen Mehrwert gegenüber
132 der Zerstückelung und Privatisierung einzelner Bereiche
133 der Daseinsvorsorge bietet, zeigen die Stadtwerke Mün-
134 chen, die seit über hundert Jahren erfolgreich tätig sind,
135 nie privatisiert wurden und eine ebensolche integrierte
136 Struktur haben.